

„Und wieder geizt man bei den Jungen“

Vorschaltmaßnahmen machen Jugendliche mit Startschwierigkeiten fit für die Ausbildung. Bayern wollte die auslaufende Finanzierung übernehmen. Derzeit sieht es aber anders aus

Von Natascha Probst

Um 2,5 Millionen Euro geht es: Diese hatte der Freistaat Bayern zur Finanzierung von Vorschaltmaßnahmen für arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit (AJS) versprochen – im Haushaltsentwurf 2023 kommen sie nun aber nicht vor. Das sorgt für Ärger im Landtag und Sorge bei den Ausbildungsbetrieben.

„Vorschaltmaßnahmen für arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ – das hört sich erst mal sperrig an und motiviert zugegebenermaßen wenig zum Weiterlesen. Doch es ist viel unkomplizierter, als es scheint: Bei den Vorschaltmaßnahmen werden Jugendliche mit Startschwierigkeiten fit für ihre Ausbildung gemacht. Das können etwa sozial benachteiligte junge Leute oder Jugendliche mit psychischen Erkrankungen oder anderen Schwierigkeiten sein.

Bislang waren die „Vorschaltmaßnahmen“ über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert worden. Doch diese Finanzierung war nur für den Beginn vorgesehen und lief nun aus – der Freistaat hätte den Teil eigentlich übernehmen sollen. Davon gingen die Betriebe der AJS aus. Auch Robert Hundacker.

Vorschaltmaßnahmen sind wie ein Lehrgang

Er ist der Geschäftsführer von Justland in Bogen. Justland ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die benachteiligte Jugendliche ausbildet. 80 bis 90 Prozent der Jugendlichen bei Justland nehmen meist ein Jahr lang an den Vorschaltmaßnahmen teil, bevor sie dann in die reguläre Berufsausbildung in der Jugendwerkstatt übergehen und etwa eine Ausbildung im Bereich Gartenbau oder Schreinerei beginnen. Derzeit sind es elf.

„Da fällt der Druck weg“, sagt Hundacker über die Vorschaltmaßnahmen. Die jungen Leute könnten sich in diesem Rahmen verschiedene Ausbildungsbereiche anschauen, bereits praktisch mitarbeiten, eine schulische Ausbildung und sozialpädagogische Unterstützung bekommen. Er beschreibt die Vorschaltmaßnahmen wie eine Art Lehrgang. Statt drei Jahren dauert



Die Vorschaltmaßnahmen sind eine Art Lehrgang, bei dem die Jugendlichen auf ihre eigentliche Ausbildung vorbereitet werden.

Foto: Catherine Waibel/dpa

die Ausbildung für diese Jugendlichen dann also vier Jahre. Dass nun der Freistaat die Finanzierung offensichtlich nicht in seinem Haushalt einplant, hat Hundacker über rascht. Das Sozialministerium sei da eigentlich immer sehr dahinter gewesen und habe die Finanzierung versprochen, sagt er.

Das bayerische Sozialministerium hält sich nun jedoch bedeckt: Aussagen über eine Förderung von Vorschaltmaßnahmen im Bereich der AJS im Haushaltsjahr 2023 könnten derzeit noch nicht getroffen werden, heißt es auf Anfrage. Die Entscheidung des bayerischen Landtags bleibe abzuwarten.

Auf die warten auch die Grünen. Sollte sich in den Haushaltsdebatten im Landtag nichts mehr tun, wollen sie einen Änderungsantrag einbringen. Claudia Köhler, die haushaltspolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, war wie Hundacker von einer Kostenübernahme durch den Freistaat ausgegangen. Sie erinnert das Ganze nun an das „Gewürge“, das es bei der Berufseinstiegsbegleitung gab. „Und wieder geizt man bei den Jun-

gen“, sagt sie. Besonders ärgert Köhler, dass die AJS generell im Haushaltsentwurf vorkomme, nur die Vorschaltmaßnahmen nicht. Dadurch werden die besonders Benachteiligten ausgeschlossen. Die, die eben nicht gleich mit einer Ausbildung in einer Jugendwerkstatt loslegen können.

Viele werden wohl die Ausbildung abbrechen

Doch der Regierungspartei CSU ist das Thema nicht fremd: „Wir suchen derzeit nach einer Lösung“, sagt Josef Zellmeier. Das Thema sei noch nicht näher diskutiert worden, aber man sei dran, meint der haushaltspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, der zugleich dritter Vorsitzender von Justland in Bogen ist.

Es sei ein Problem, wenn dieses Programm weg falle, sagt auch Zellmeier. Immerhin durchlaufe der Großteil der Jugendlichen, die im Rahmen der AJS ausgebildet werden, zunächst die Vorschaltmaßnahmen – ein Wegfallen der Finanzierung würde also die meisten der

jungen Leute treffen. Man müsse ernsthaft darüber reden, wie es da weitergehe.

Sollte Bayern die Finanzierung nicht übernehmen, wäre das das Ende für die Vorschaltmaßnahmen, sagt Hundacker. Was das dann für die jungen Leute bedeuten würde? Hundacker rechnet damit, dass viele ohne die Vorschaltmaßnahmen ihre Ausbildung ziemlich schnell abbrechen würden. Denn viele seien in der Regel noch ziemlich weit weg von einer Ausbildung. Diese Zeit sei „einfach wahnsinnig wichtig“ für sie, sagt Hundacker.

69 Prozent der Jugendlichen bestätigen das laut einer Evaluation der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, die zwischen 2014 und 2020 gemacht wurde: Sie begannen nach den Vorschaltmaßnahmen eine Ausbildung, eine Arbeit oder besuchten eine weiterführende Schule oder passende Anschlussmaßnahmen. Drei Viertel der jungen Leute gaben an, von den Vorschaltmaßnahmen profitiert zu haben – neben dem beruflichen Nutzen etwa auch in der Persönlichkeitsentwicklung.